Institut für Mittelstandsforschung
IfM BONN

Aktuelle Kurzbefragung 2/2025

Dezember 2025

US-Zollpolitik im Fokus: Mittelstand reagiert mit Pragmatismus und Blick nach vorne

Olivier K. Butkowski, Susanne Schlepphorst

Welche Auswirkungen hat die aktuelle US-Handelspolitik auf den deutschen Mittelstand? Wie reagiert dieser auf die damit verbundene Unsicherheit? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der aktuellen Kurzbefragung. Nur wenige Betriebe sind direkt von Zollkosten betroffen, deutlich größere indirekte Effekte zeigen sich in Form von mangelnder Planungssicherheit, sinkender Nachfrage und technologischen Abhängigkeiten. Trotz dieser Herausforderungen reagiert der Mittelstand überwiegend pragmatisch und verzichtet vielfach auf kurzfristige Maßnahmen – fordert jedoch weitere Freihandelsabkommen.

Im Frühjahr begann der Zollkonflikt mit deutlich höheren US-Zöllen auf Stahl und Aluminium aus der EU. Die EU kündigte Gegenzölle an. Eine Digitalsteuer, die vor allem US-Technologieunternehmen betroffen hätte, stand als weitere Maßnahme im Raum. Der Konflikt bezog somit auch den Dienstleistungsbereich mit ein. Monatelang sorgte der Konflikt für Verunsicherung. Die Befürchtungen reichten von direkten Kosteneffekten bis hin zu indirekten Folgen wie sinkender Nachfrage und Verschiebungen in internationalen Wertschöpfungsketten. Im August einigten sich beide Seiten im sogenannten „Zoll-Deal“. Unsere im Oktober durchgeführte Kurzbefragung untersuchte, wie stark deutsche Unternehmen – und insbesondere der Mittelstand – betroffen sind und wie sie die Einigung bewerten.

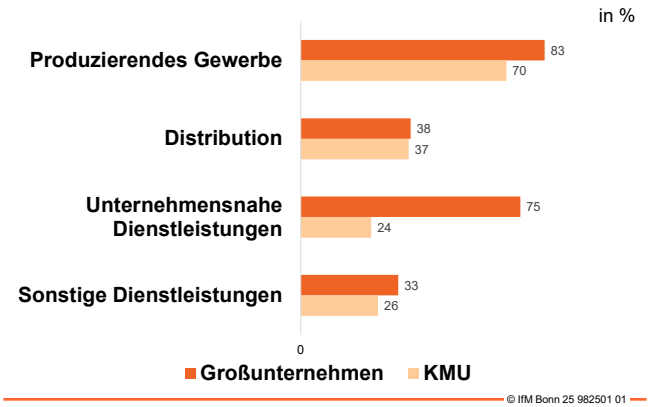
US-Zölle treffen Großunternehmen stärker

Insgesamt sehen sich 62 % der befragten Unternehmen gar nicht von der aktuellen US-Zollpolitik betroffen, vornehmlich weil nur etwa jedes sechste Unternehmen Auslandsumsatz in den USA erzielt. Während sich Mittelstand und übrige Unternehmen in dieser Hinsicht nicht unterscheiden, sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) seltener als große von der Zollpolitik betroffen. Besonders groß sind die Unterschiede in den unternehmensnahen Dienstleistungen sowie im Produzierenden Gewerbe. Dass unter denjenigen Unternehmen, die Umsätze in den USA generieren, knapp die Hälfte angibt, nur gering oder gar nicht von der Zollpolitik betroffen zu sein, überrascht. Ein möglicher Grund hierfür könnte sein, dass der Anteil des US-Auslandsumsatzes bei der Hälfte der Unternehmen unter 10 % liegt und damit wirtschaftlich womöglich von untergeordneter Bedeutung ist.

Jedes dritte betroffene Unternehmen spürt Kostenanstieg und sinkende Nachfrage

Die direkten Auswirkungen der US-Zollpolitik zeigen sich in Form steigender Kosten, insbesondere durch teurere Vorprodukte und Rohstoffe, die fast ein Drittel der betroffenen Unternehmen belasten – das sind etwa

Betroffenheit von der US-Zollpolitik



Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 2/2025.

11 % aller Befragten. Unternehmen, die in die USA exportieren, sind mit 63 % deutlich häufiger betroffen als die übrigen Unternehmen (14 %). Bemerkenswert ist, dass der Mittelstand wesentlich seltener von Kostensteigerungen betroffen ist (25 %) als nicht-eigentümergeführte Betriebe (64 %) und das, obwohl er nicht wesentlich weniger im Außenhandel tätig ist.

Rund 30 % der betroffenen Unternehmen berichten von einer rückläufigen Nachfrage, ein Viertel von Lieferengpässen und -verzögerungen. Exportierende Unternehmen sind mit Anteilswerten von 60 % bzw. 59 % deutlich häufiger belastet. Insgesamt trifft somit die US-Zollpolitik erwartungsgemäß insbesondere Unternehmen mit starker internationaler Einbindung, sowohl auf der Beschaffungs- als auch der Absatzseite.

Zwischen Abwarten und Anpassung

Die Mehrheit der betroffenen Unternehmen gibt an, dass das Zoll-Abkommen zwischen der EU und der USA keine Planungssicherheit bietet. In Einklang damit reagieren sie überwiegend mit Zurückhaltung auf die veränderte Handelspolitik. Rund 40 % haben kurzfristig keine Maßnahmen ergriffen, weitere 32 % verfolgen eine ‚Abwarten-und-Beobachten‘-Strategie. Exportierende Unternehmen reagieren aktiver – etwa durch

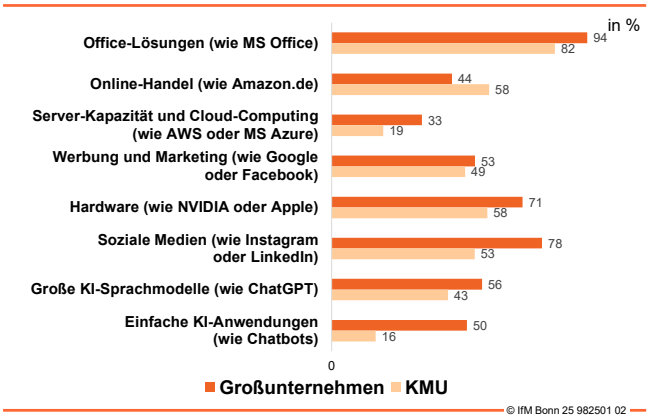
Preisanpassungen, die Weitergabe von Zollbelastungen an Kunden oder die Erschließung von Absatzmärkten außerhalb der USA. Auch ein teilweiser bzw. vollständiger Rückzug aus dem US-amerikanischen Markt wird erwogen. Gleichzeitig fordert eine große Mehrheit aller Unternehmen (86 %) neue oder erweiterte Freihandelsabkommen, um die Planungssicherheit zu erhöhen und regulatorische Hürden zu verringern.

Digitale Infrastruktur als strategisches Druckmittel

Ein weiteres Risiko angesichts der atlantischen Spannungen geht für Unternehmen von einer technologischen Abhängigkeit von US-Anbietern aus. Die von diesen Anbietern bereitgestellten digitalen Infrastrukturen können die USA als politisches Druckmittel in den Zollverhandlungen nutzen. Sollte es hier zu Friktionen kommen, sind auch diese Infrastruktur nutzende Unternehmen ohne direkte Handelsbeziehungen zu den USA vom Zollkonflikt betroffen.

Eine Mehrheit der befragten Unternehmen ist auf zentrale digitale Infrastrukturen, Softwarelösungen und Plattformdienste US-amerikanischer Anbieter angewiesen. Vier von fünf Unternehmen nutzen deren Office-Lösungen und eine Mehrheit setzt auf deren Hardware, Online-Handelsplattformen und soziale Medien. Die Nutzung der meisten Angebote steigt mit zunehmender Unternehmensgröße. Insgesamt sind demnach mehr Unternehmen verwundbar, als die geringe direkte Betroffenheit durch US-Zölle vermuten lässt.

Nutzung von US-Diensten und -Produkten



Quelle: IfM Bonn-Kurzbefragung 2/2025.

Auffällig ist, dass trotz dieser breiten Nutzung 39 % der Unternehmen angeben, keine technologische Abhängigkeit von den USA zu sehen. Angesichts der zunehmenden Integration von Office- und KI-Lösungen in die Cloud und der Dominanz US-amerikanischer Unternehmen in diesen Bereichen deutet dies auf eine mögliche Fehleinschätzung der Risiken hin – insbesondere vor dem Hintergrund der handels- und sicherheitspolitisch zunehmend unsicheren Lage.

Fazit und Ausblick

Die Kurzbefragung zeigt, dass nur wenige mittelständische Unternehmen direkt von US-Zöllen betroffen sind. Indirekt, sei es aufgrund von fehlender Planungssicherheit, sinkender Nachfrage, Lieferkettenrisiken und technologischen Abhängigkeiten, sind jedoch deutlich mehr berührt. Der Mittelstand reagiert auf diese Unsicherheiten überwiegend pragmatisch und vermeidet kurzfristige Maßnahmen. Gleichwohl: Viele Unternehmen sind langfristig auf stabile und diversifizierte Außenhandelsstrukturen angewiesen, weswegen sie sich für weitere Freihandelsinitiativen aussprechen.

Wirtschaftspolitisch ist es geboten, den Zugang zu alternativen Märkten zu stärken und handelspolitische Diversifizierung voranzutreiben. Zugleich sollten die digitale Infrastruktur verbessert und die technologische Souveränität Deutschlands erhöht werden, um mittelständische Unternehmen gegenüber künftigen handelspolitischen und technologischen Risiken resilienter zu machen.

Zur Kurzbefragung 2/2025

Um kurzfristig Stimmungsbilder des Mittelstands zu aktuellen Themen einzuholen, führt das IfM Bonn zweimal jährlich Kurzbefragungen durch. Die zweite Kurzbefragung dieses Jahres befasst sich schwerpunktmäßig mit den Einschätzungen des Mittelstandes zur Wirtschafts- und Handelspolitik der USA.

Insgesamt wurden 41.229 Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen mit Sitz in Deutschland per E-Mail zur Teilnahme eingeladen. Von den 342 vollständig ausgefüllten Fragebögen entfielen 85 % auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit bis zu 249 Beschäftigten. 81 % der Unternehmen waren eigentümer- bzw. familiengeführt. Die Unternehmen stammen überwiegend aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Handel sowie dem Baugewerbe. Die Ergebnisse wurden hinsichtlich der Unternehmensgröße und Branchenverteilung gewichtet und sind somit repräsentativ für die deutsche Unternehmenslandschaft.

Impressum

Herausgeber

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn
Maximilianstraße 20, 53111 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 72997-0

Websites: **www.ifm-bonn.org**

Das IfM Bonn ist eine Stiftung des privaten Rechts.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen